Mitteilungen
des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Erscheinen nach Bedarf

Nr. 18 | 8. Juli 1920 | Jahrg. II

1. Bedenklicher Antisemitismus.

Eine katholische Stimme zum Buch von Delitzsch: „Die große Täuschung.“

Die maßgebende deutsche Presse bringt fortgesetzt weitere Aufsätze aus angesehener Feder über das Delitzschbuch. Besonders bemerkenswert ist der nachfolgend veröffentlichte Aufsatz aus dem „Westfälischen Volksblatt“, Paderborn vom 21. Juni 1920 (Nr. 155, 1. Blatt). Der Aufsatz ist deshalb so beachtenswert, weil das „Westfälische Volksblatt“ der gerade in Paderborn lebhaft propagierten antisemitischen Bewegung durchaus nicht ablehnend gegenübersteht. Der Artikel lautet:

Bedenklicher Antisemitismus *).

Friedrich Delitzsch in Berlin hat das Bedürfnis empfunden, Deutschland eine neue Sensation zu bieten. Denn nichts anderes ist sein Buch „Die große Täuschung“, eine Sensation mit geschickter, aber innerlich wertloser Aufmachung, eine Spekulation auf die Instinkte der Massen. Es ist das zweite Mal, daß Delitzsch in solcher Weise in die große Menge herabsteigt, unter Staunen und Kopfschütteln der Fachgelehrten.

Wer ist Friedrich Delitzsch? Es ist der Sohn des orthodoxen protestantischen Alttestamentlers Franz Delitzsch, dem die Wissenschaft manch wertvolle Werke verdankt. Der Sohn widmete sich dem Studium der semitischen Sprachen. Auf diesem Gebiete hat er große Erfolge und Verdienste aufzuweisen, besonders in der Assyriologie. Schon allein sein „Wörterbuch“ sichert ihm einen geachteten Namen in der Geschichte dieser Wissenschaft. Es ist unrichtig und überflüssig, diese seine Bedeutung in Zweifel ziehen zu wollen, wie das kürzlich in öffentlicher Versammlung geschehen ist.

Aber die Anerkennung im kleinen Kreise derer, die der assyriologischen Wissenschaft sich widmen, war es nicht, die seinen Namen in weitere Kreise trug. Vor etwa 15 Jahren stieg er vom Lehrstuhl in den Vortragssaal. In Gegenwart des Deutschen Kaisers hielt er in Berlin seinen „berühmt“ gewordenen Vortrag über „Babel und Bibel“, dem er später noch andere über das nämliche Thema folgen ließ. Diese Vorträge riefen die Fachgelehrten auf den Plan, die entschieden gegen ein solches Vorgehen protestierten. Nicht der Wert seiner Aufstellungen veranlaßte sie dazu, sondern im Gegenteil die Kühnheit und Ungeniertheit, mit der ein Philologe in eine ihm fremde Fachwissenschaft einbrach und dort Dinge als wahre Wissenschaft ausgab, die von der ernsten Forschung zum großen Teile längst überholt waren. Da er diese Dinge dazu noch in der leichtfertigsten Weise gegen das Alte Testament ausbeutete, erstand eine wahre Flut von Gegenbroschüren. Man wehrte sich mit Entschiedenheit gegen den Versuch, ein breites Publikum mit Aufstellungen irre zu führen, die mit wahrer Wissenschaft nichts gemein hatten. In dem einen Punkte kamen fast alle diese Gegenschriften von Fachgelehrten aller Richtungen überein: sie alle bescheinigten Delitzsch mehr oder minder deutlich, daß er besser getan hätte, bei seinem Fache zu bleiben, als in einem fremden und dazu so schwierigen und verantwortungsvollen Fache sich zu versuchen.

Trotzdem hat Delitzsch neuerdings seinen unglücklichen Versuch wiederholt, fast noch überboten. Er schrieb ein Buch „Die große Täuschung“. Damit meint er das Alte Testament. Die antisemitische Welle, die über unser Vaterland dahingeht, erschien ihm als ein günstiger Boden für seinen neuesten Ausflug in das gleiche Gebiet der Religionswissenschaft, auf dem er schon einmal so entgleist war. Wiederum ist die Entrüstung der Fachgelehrten groß. Denn wiederum sind es von der ernsten Wissenschaft längst überholte und abgetane Aufstellungen, die er als echte Ware auf den Markt wirft. Es gab einmal eine Zeit, wo die sog. Wellhausensche Bibelkritik unter den ungläubigen Gelehrten Deutschlands großen, fast allgemeinen Anhang fand. Aber diese Zeit liegt glücklicherweise längst hinter uns. Abgesehen von einem

*) Für unsere Freunde halten wir eine kleine Anzahl von Originalnummern vorrätig, die zum Preise von 20 Pfg. von uns bezogen werden können.

guten Kerne, der sich als stichhaltig erwiesen hat und von der katholischen wie nichtkatholischen Bibelwissenschaft schon lange an rechter Stelle eingereiht worden ist, gehören die grundstürzenden Theorien Wellhausens heute der Vergangenheit an. Es ist ihnen ergangen wie schon so manchen von ihnen, die dem Glauben durch die Wissenschaft den Garaus zu machen vermeinten. Und nun kommt Delitzsch, dem diese ganze neuere Entwicklung unbekannt zu sein scheint, und preist einem urteilslosen Publikum diese Wellhausenschen Theorien mit all ihren weittragenden Konsequenzen als wahre Wissenschaft an! Seine einseitige Auffassung, sein Herausreißen der Einzelstellen aus dem Gesamtbilde, seine fanatischen Ausfälle gegen das Alte Testament muten den Kenner eigenartig an, und er würde achselzuckend zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht erfahrungsgemäß solche Dinge großes Unheil stifteten. Denn es ist natürlich dem einzelnen unmöglich, solch schwierige Fragen sachgemäß zu beurteilen und die Behauptungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Was soll man zu einem solchen unverantwortlichen — auch rein wissenschaftlich unverantwortlichen — Vorgehen sagen?

Graf Reventlow hat in der „Deutschen Tageszeitung" schon auf diesem „wissenschaftlichen" Roß eine Attacke gegen das Judentum geritten, und nach einigen Anzeichen zu schließen wird er nicht ohne Nachfolger bleiben. Hat sich doch die antisemitische Bewegung schon gleich von Anfang an zu dergleichen unglücklichen Experimenten hinreißen lassen. Dem Verfasser dieser Zeilen fiel schon zu Beginn der jetzigen antisemitischen Bewegung eine auch an katholische Pfarrer versandte Broschüre in die Hand, die darin Erstaunliches leistete. Mit Berufung auf die Wissenschaft — natürlich! — fand ein Artikelschreiber das schlimmste Treiben mancher heutigen Juden schon bei — Abraham und Jakob! Das war ihm ein Beweis dafür, daß die Rasse eben von Alters her durch und durch verdorben ist. Das wurde mit einer so leichtfertigen und selbstbewußten Sicherheit dahergescbrieben, daß die bei unsern Antisemiten so übel berufene „jüdische Schnoddrigkeit" beinahe harmlos dagegen anmutet. Auf einen energischen Protest hin, den der Verfasser dieser Zeilen an die Zentrale sandte, wurde ihm geantwortet, es liege der Bewegung gänzlich fern, die Ueberzeugung gläubiger Christen zu verletzen, es sei vielmehr ihr Ziel, sämtliche Christen gegen das unberechtigte Ueberwuchern des jüdischen Einflusses in Deutschland zu einheitlicher Gegenaktion zusammenzufassen. Hätte die Bewegung immer in diesem Sinne gehandelt, so hätte sie nur ihrem eigenen Interesse gedient. Wir wollen hier kein Urteil fällen über die Berechtigung der antisemitischen Bewegung. Aber es scheint nun einmal ein Verhängnis der Deutschen zu sein, daß sie alles gleich so „gründlich" und so ungeschickt anfassen, daß es am eigenen inneren Zwiespalt scheitern muß. Um jeden Preis will der Deutsche seine vermeintliche Wissenschaft leuchten lassen, die er sich in ein paar mehr oder minder wissenschaftlichen Broschüren zusammengelesen hat. Daß zum Verständnis und zu einem selbständigen Urteil doch etwas mehr gehört, kommt ihm dabei nicht in den Sinn. Ja, es ist etwas Herrliches um die „deutsche Wissenschaft", die dann unverstanden andern weiter verzapft wird! Wenn's so schon früher getrieben wurde, was mag uns dann erst mit dem Buche von Delitzsch bevorstehen!

Katholische Antisemiten täten gut daran, sich dergleichen Unfug mit der „Wissenschaft" ganz entschieden zu verbitten, wenn sie Wert darauf legen, daß die Bewegung nicht der Lächerlichkeit und Unfruchtbarkeit verfalle. Geht die Bewegung schließlich den Weg, daß sie sich mit solcher „Wissenschaft" identifiziert und so jeden wahren Christen auf Schritt und Tritt beleidigt, so hat sie das Recht verloren, sich an die „Christen" zu wenden, wie sie es doch zu tun pflegt. Eine Berufung auf den Namen eines „Christen" und ein Aufruf der „Christen" zur Gemeinschaft von solcher Seite würde dann eben jene Gesinnung und Praxis verraten, die man doch bei den Juden zu verachten und zu bekämpfen vorgibt. Wer selbst die Grundlagen des Christentums verwirft, der kann nicht ohne Widerspruch und Unehrlichkeit — um nicht mehr zu sagen — im Namen der Christen auftreten. Freilich, das Alte Testament, auf dem das Neue beruht, mit dem es steht und fällt, wird auch diesen kleinen Helden von der Art des Don Quichote nicht erliegen, sondern weiter feststehen als wichtiger Teil des unvergänglichen „Buches der Bücher", wenn jene großen Ritter längst vom Schauplatze abgetreten sind.

Diese Ausführungen sollen nur die treffen, die es angeht. Wir wissen, daß katholische und auch viele protestantische Antisemiten mit diesen Dingen nichts gemein haben wollen und auf dem richtigen Standpunkte stehen, daß diese Dinge sich sehr wohl von einem berechtigten Antisemitismus trennen lassen. Auch können sie mit Recht darauf hinweisen, daß weite Kreise unter den Antisemiten selbst solchen Mißbrauch ablehnen. Man kann nur wünschen, daß diese Kreise sich mit aller Entschiedenheit innerhalb der Bewegung durchsetzen. Aber die Dinge sind nachgerade soweit gediehen, daß ein ernstes Wort über dergleichen „wissenschaftlichenAntisemitismus" zur Notwendigkeit geworden ist. Wir meinen, gerade jene Kreise, die einen berechtigten Antisemitismus zu vertreten überzeugt sind, müßten uns entschieden zustimmen. Denn eine Unterwühlung des Christentums unter der Flagge des Christentums und unter Berufung auf den christlichen Namen: das ist nicht christlich, sondern eher das, was der Antisemitismus bei den Juden bekämpft. Dr. P.

* * *

Die angekündigte Gegenschrift des Geheimrat Professor Dr. Eduard König „Friedrich Delitzsch's ‚Die große Täuschung' kritisch beleuchtet von Eduard König" ist soeben in C. Bertelsmann Verlag Gütersloh erschienen. Sie ist zum Preise von M. 4,20 durch den Philo Verlag und Buchhandlung Berlin SW. 68, Lindenstr. 13 zu beziehen. Wir kommen auf dieses wichtige Werk noch eingehend zurück.

2. **Die Lage in Palästina.**

Man erfährt sonst, daß von seiten derer, die den Juden nicht günstig gesinnt sind, die zionistischen Bestrebungen gefördert werden, weil in ihnen eine Unterstützung judengegnerischer Bestrebungen erkannt wird.

Eine Veröffentlichung der „Kreuzzeitung" vom 30. Mai 1920 „Der Judenstaat Palästina" von Ibn el Beled macht davon eine Ausnahme. In ihr werden die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich den politischen Verwirklichungen der zionistischen Ideen entgegenstellen, klar geschildert. Obwohl wir sonst keine

Veranlassung haben, uns auf die Kreuzzeitung zu stützen, möchten wir doch diese Ausführungen, die sehr wertvolles Material enthalten, unseren Freunden nicht vorenthalten. Sie lauten:

Der Judenstaat Palästina.

Von Ibn el Beled.

Freude herrscht in Zions Hallen, seit aus San Remo die Kunde gekommen ist, daß in dem Entwurf für den türkischen Friedensvertrag die bekannte Balfoursche Erklärung Aufnahme gefunden hat. Sie ist vom 2. November 1917 und besagt in der Form eines Briefes an Lord Rothschild, daß „Sr. Majestät Regierung die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen betrachtet und die größten Anstrengungen machen wird, um dies Ziel zu erleichtern." Damit ist, soweit Worte Wert haben, das Programm erfüllt, welches sich die Zionisten auf ihrem ersten Weltkongreß zu Basel im Jahre 1897 gegeben haben. Der neue Staat soll, bis die Bevölkerung für die Unabhängigkeit reif ist, unter Aufsicht und Schutz des Völkerbundes stehen, Mandatarmacht wird Großbritannien. Voraussetzung ist — das war schon in der Balfourschen Erklärung betont —, daß nichts getan werden sollte, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nicht jüdischer Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte, also mit anderen Worten: Die Rechte der Eingeborenen sollen in jedem Falle respektiert werden. Hier liegt die Schwierigkeit die die Juden in ihrem begreiflichen Jubel nicht sehen, nicht sehen wollen.

Vor dem Kriege zählte Palästina 700 000 Seelen, darunter 100 000 Juden, erst jeder siebente Mensch war also ein Jude. Heute mag das Verhältnis für sie etwas günstiger sein, aber selbst wenn man annehmen will, daß sie bereits 20 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen, so muß es doch wie ein Hohn auf das von der Entente gepredigte Selbstbestimmungsrecht der Völker erscheinen, wenn man einer solchen Minorität, die noch dazu größtenteils nicht bodenständig, sondern erst im Laufe der letzten 20 Jahre zugewandert ist, das ganze Land ausliefert. Diese Inkonsequenz kann durch das Argument, daß die Juden hier vor zweitausend Jahren einmal heimisch waren, nie und nimmer bemäntelt werden. Sie muß zu Konflikten führen und hat dies bereits getan, wie die in der Osterzeit in Jerusalem vorgekommenen Pogrome zeigen; die eingeborene Bevölkerung Palästinas, die christliche sowohl wie die mohammedanische, lehnt einmütig und mit aller Entschiedenheit die jüdischen Autonomiebestrebungen ab und wird in dieser Haltung von ihren Stammesgenossen in den Nachbarländern, in Aegypten und Syrien, voll unterstützt. Seit zwei Jahren hallt die arabische Presse wieder von Protesten gegen den Zionismus, in zahlreichen Versammlungen wurden Resolutionen gegen die jüdische Vorherrschaft angenommen und es war nur logisch, daß in demselben Augenblick, als in San Remo der Palästina betreffende Beschluß des Obersten Rates bekanntgegeben wurde, alsbald eine geharnischte Gegenerklärung der arabischen Delegation erfolgte. Demgegenüber berührt es geradezu kindlich, wenn in der jüdischen Presse zum Beweise dafür, daß die arabische Gegenagitation im Grunde gar nicht ernst zu nehmen sei, darauf hingewiesen wird, daß die Mitglieder der protestierenden Delegation ganz friedlich mit den jüdischen Delegierten diniert hätten und daß in 82 arabischen Dörfern 203 Unterschriften zugunsten der Zionisten abgegeben seien. Warum sollten die Abgesandten des Emirs Faissal, die doch höfliche Leute sind, auf neutralem Boden dieEinladung zu einem sicherlich guten Diner ablehnen? Und was die Unterschriften angeht, so weiß jeder, der den Orient kennt, daß solche für ein paar Pfennige zu haben sind und wundert sich nur, daß es nicht gelang, deren mehr zu sammeln. Nein, die Araber Palästinas sind durch die Bank antizionistisch. Judenfreundlich waren sie nie; sie haben allerdings mit den alteingesessenen Juden, die ihnen in keiner Weise im Wege standen, im Frieden gelebt, aber in den zugewanderten, die den Boden aufkauften und Kolonien gründeten, haben sie von vornherein die Konkurrenten gewittert, denen sie ihren wirtschaftlichen Erfolg neideten. Verständnis für die Segnungen, die die jüdische Kolonisation dem Lande zweifellos gebracht hat, ist nur bei wenigen Eingeborenen aufgegangen. Immerhin lagen, so lange die Türken noch die Herren Palästinas waren, die Gegensätze nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sie mußten sich in dem Augenblick, wo die Zionisten mit ihren unter türkischem Regime beharrlich abgeleugneten politischen Zielen herausrückten, verstärken, denn mit ihrer Enthüllung fühlten sich die Araber tatsächlich in ihrer Existenz bedroht. Die Behauptung, die zionistischen Ziele ließen sich ohne Beeinträchtigung der eingeborenen Bevölkerung verwirklichen, ist eine innere Unwahrheit. So sehr im zionistischen Lager selbst die Ansichten über das Tempo der jüdischen Besiedelung auch auseinandergehen, darüber sind sich Maximalisten und Minimalisten einig, daß in den nächsten Jahren Tausende von jüdischen Familien zuwandern sollen und der Araber, welcher sieht, über welche unermeßlichen Mittel die Juden verfügen, berechnet mit Sorge, wie ihm, wenn der Einwanderung kein Riegel vorgeschoben wird, der Boden allmählich unter den Füßen weggekauft wird. So ist der Kern des Problems auch jetzt noch ein wirtschaftlicher, aber daneben darf als politisches Moment nicht außer Acht gelassen werden, daß auch die Araber durch den Krieg gelernt haben, sich als Nation zu fühlen. Die Lehren der Entente von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sind bei ihnen auf fruchtbaren Boden gefallen, auch die Einwohner Palästinas wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen; sie haben die türkische Herrschaft nicht abgeschüttelt, um einen anderen, ihnen wesensfremden Zwingherrn zu bekommen, sondern fühlen sich eins mit ihren Brüdern in Syrien, dessen frisch gebackener König, Emir Faissal in Damaskus, ihnen als das natürliche Oberhaupt erscheint. Das ist der Typus eines orientalischen Herrschers, hat überall schöne Worte, so daß selbst die Zionisten ihn gelegentlich als Kronzeugen für ihre Sache anführen können, weiß aber bei aller Geschmeidigkeit genau, was er will, und hat die Einladung der Entente, nach Paris zu kommen, höflich abgelehnt.

Die englischen Beamten, die seit der Okkupation in Palästina wirken, haben die Schwierigkeiten, welche die zionistischen Bestrebungen bieten, voll erkannt und sich zum großen Teil antisemitisch betätigt. Während der Jerusalemer Pogrome sollen nach der Behauptung der jüdischen Blätter, die Behörden völlig versagt oder offen für die Araber Partei ergriffen haben, so daß der Verdacht naheliegt, die Ausschreitungen seien den Engländern nicht ungelegen gekommen, weil sie den Vorwand bieten

können, etwas Wasser in den Wein der jüdischen Ambitionen zu gießen. Immerhin hat Großbritannien nach all den Hoffnungen, die es den Juden gemacht hat, als sie sie zum Mitkampf gegen die Türkei anwarb, nicht umhin gekonnt, sein gegebenes Wort einzulösen. Das „National Home" ist versprochen, aber der Ausdruck ist ja dehnbar und der Vorbehalt der Wahrung der Rechte der Einheimischen ist gemacht. Einstweilen ist, wenn die jüngsten Nachrichten sich aus London bestätigen, in der Person von Herbert Samuel der erste jüdische Zivilkommissar für Palästina bestellt; die weitere Organisation wird sich allmählich finden. Wie weit die Zionisten dabei ihre Hoffnungen erfüllt sehen werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist, daß England seine Interessen bei der Angelegenheit wahren und diesen den Schein des Rechtes geben wird.

Diese Interessen gebieten eine weitgehende Rücksichtnahme auf das Gefühl der Araber, mit denen die Engländer es keineswegs verderben dürfen. Durch den gesamten Orient geht eine tiefe Gärung, wie sie in dieser Einheitlichkeit noch nie zu beobachten war. Die Aegypter verlangen unverblümt ihre Unabhängigkeit und es hat blutiger Maßnahmen, die in ihren Einzelheiten in Europa gar nicht bekannt geworden sind, bedurft, um diese Bewegung vorläufig nieder zu halten. Aus Palästina werden Ueberfälle auf jüdische Kolonien, aus Syrien Kämpfe mit französischen Truppen gemeldet, auch Mesopotamien ist unsicher, in Kleinasien führen die türkischen Nationalisten offenen Kampf mit der Entente, von Norden dringen die Bolschewisten vor, die ihre Propaganda nach Persien, Afghanistan und darüber hinaus bis nach Indien hineintragen. Der Friede, welcher der Türkei jetzt zugemutet wird, ist ganz dazu angetan, diese Widerstände zu stärken. Was die zu Anfang des Weltkrieges von Konstantinopel ausgegangene Aufforderung zum Djihad, zum Heiligen Kriege, nicht vermochte, die Völker des Islams zu einen — vielleicht hat es die Entente mit diesem Friedensinstrument erreicht. Jedenfalls spielt England, wo es an Warnungen von fachkundiger Seite nicht gefehlt hat, mit der Zerstückelung der Türkei ein gewagtes Spiel und wird, wenn es auf die sicher zu erwartenden Widerstände stößt, gerne einlenken.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Zionistenstaat in der Orientpolitik Englands auch als Aktivposten von Bedeutung sein kann. Er schiebt sich als ein Keil zwischen Aegypten und Syrien und wird seiner ganzen Struktur nach abendländisch orientiert sein; soweit ist es berufen, ein schützbares Gegengewicht gegen die Mächte des Islam zu bilden. Sicherlich hat Großbritannien diese Möglichkeit in Rechnung gestellt; nur wird abzuwarten sein, ob es stark genug sein wird, die unausbleiblichen Gegensätze, deren Tragweite es im Augenblick vielleicht noch unterschätzt, auszugleichen. Es hat, so vorsichtig und weitblickend seine Politik doch auch zu sein pflegte, sich durch die Not des Krieges doch zu Experimenten hinreißen lassen, die ihm eines Tages über den Kopf wachsen könnten. Dazu gehört neben der schon erwähnten Phrase von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die es nun wieder zum Schweigen bringen wird, auch das Spielen mit dem Judenstaat, der auch noch andere Probleme, als die Araber gesehen, in seinem Schoße birgt. Ich will hier nur kurz andeuten, daß der Kolonistenzuzug, wie das schon in den letzten beiden Jahrzehnten der Fall war, hauptsächlich aus Rußland kommen wird und einer sehr extremen politischen Richtung huldigt.

Für Deutschland hat die Frage der Zukunft Palästinas insofern ein unmittelbares Interesse, als bekanntlich dort außer zahlreichen Kulturanlagen, die man nicht ganz wird unterdrücken können, mehrere deutsche Kolonien bestehen, welche Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von den schwäbischen Templern angelegt wurden und zu hoher Blüte gelangt sind.

Soweit diese Kolonien in der südlichen Hälfte Palästinas, die Ende 1917 von den Engländern erobert und dann Kriegsgebiet wurde, liegen, sind die Bewohner seinerzeit nach Aegypten verschleppt und dort interniert worden. Die Kolonisten von Haifa und Umgebung sind glimpflicher davon gekommen, weil dieser Teil erst kurz vor Waffenstillstand in die Hände der Engländer fiel und kein militärischer Grund zur Evakuierung mehr vorlag. Die internierten Deutschen hatten gehofft, direkt aus dem ägyptischen Gefangenenlager in ihre früheren Heimstätten zurückkehren zu können, und das Anerbieten, nach Deutschland befördert zu werden, abgelehnt. Sie sahen sich aber in ihrer Erwartung betrogen, denn eines Tages wurde ihnen mitgeteilt, daß alles zu ihrer Abfahrt nach Deutschland vorbereitet sei, und tatsächlich sind die ersten Transporte hier bereits eingetroffen. Natürlich mußten sich die Kolonisten von Haifa und Umgebung, die mit der Okkupationsmacht anscheinend im besten Einvernehmen gelebt hatten, nun auch mit dem Gedanken vertraut machen, aus ihrer Heimstätte vertrieben zu werden, da kommt aus London, wo die deutsche Regierung alsbald einen Protest eingelegt hatte, die erfreuliche Kunde, die Vertreibung der Palästinadeutschen läge keineswegs in der Absicht der britischen Regierung; die deutsche Kolonisation in Palästina sei ihr sogar im höchsten Grade erwünscht. Der Abschub scheint also eine Eigenmächtigkeit der Landesbehörden gewesen zu sein und es wird gemunkelt, die Maßnahmen seien auf zionistische Treibereien zurückzuführen. Dieser Verdacht ist verständlich, wenn man weiß, daß die deutschen Kolonisten, ganz anders als die Juden, stets mit den Arabern gut ausgekommen sind. Man fürchtete auf zionistischer Seite also offenbar, daß die Deutschen, wenn sie in das Land zurückkehrten, den Arabern in ihrer antizionistischen Politik den Nacken stärken könnten. Hierin liegt nun wiederum die Erklärung dafür, daß der englischen Regierung die Rückkehr der deutschen Bauern nicht ganz unerwünscht ist. Sie sind selbst politisch ganz und gar harmlos, bilden aber neben den Arabern ein schätzbares Gegengewicht gegen die Expansionsgelüste der Zionisten. So hat, wenn diese Erwägungen richtig sind, der Konfliktsstoff, welchen das Experiment des Judenstaates birgt, zunächst das Gute, unseren schwäbischen Bauern ihr palästinensisches Heimatland, an dem sie mit allen Fasern ihres Herzens hängen, zu erhalten.

3. **Macher im Ruhrgebiet.**

Zur Zeit der Unruhen im Ruhrgebiet tauchte die Behauptung auf, daß russische Juden besonders stark in der roten Armee vertreten gewesen sein sollen. Wir haben diese Verleumdungen verschiedentlich widerlegt. (Vergl. Mitt. No. 2, 3, 5, 9 und 14). Jetzt geht durch die Zeitungen des Ruhrgebiets ein Bericht über die Tätigkeit eines russischen Fahnenjunkers, der in Deutschland kriegsgefangen war und später versuchte, die berüchtigte Russenkompagnie der Roten Armee zu organisieren. Wir entnehmen den

Zeitungsberichten über die Verhandlungen gegen diesen christlichen Nationalrussen die folgenden Einzelheiten:

„Der Angeklagte ist der russische Fahnenjunker von Grau-Ziemenczick. Er entstammt einer angesehenen und wohlhabenden Familie. Den Feldzug hat er als Fahnenjunker an der russischen Nordfront gegen das deutsche Heer mitgemacht. Er wurde gefangen genommen und verbrachte längere Zeit in einem Gefangenenlager in Saarbrücken. Gegen Ende des Krieges kehrte er in sein Vaterland zurück. Als der bolschewistische Gedanke im Ruhrrevier Fuß zu fassen begann, zur Zeit, als der russische Bolschewistenführer Lewine im Ruhrrevier seine Gastrolle gab, kehrte er nach Deutschland zurück und verlegte seinen Wohnsitz in das hiesige Industriegebiet. Er arbeitete als einfacher Bergmann oder als Hilfsarbeiter auf den Thyssenschen oder anderen industriellen Betrieben bei Mühlheim, Bruckhausen, Ruhrort und Essen. Zur Zeit der letzten Revolution war er auf der Zeche Ernestine bei Stoppenberg beschäftigt. Dort äußerte er wiederholt sein sehnsüchtiges Verlangen nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution im Ruhrrevier, damit er sich sofort mit in die vordersten Reihen der Kampfbewegung stellen könne. Sofort nach Ausbruch der Unruhen verlegte er seinen Wohnsitz nach Ruhrort und stellte sich mit Feuereifer in den Dienst der Revolution. Er sammelte die aus den Gefangenenlagern entlassenen russischen Kriegsgefangenen, die auf den Ruhrzechen und industriellen Werken beschäftigt waren, um sich, stellte eine Russenkompagnie zusammen, die für die Rote Armee bestimmt war, bewaffnete sie mit modernen Infanteriegewehren, hielt hinter der Front Uebungen ab, und wenn sie hinreichend einexerziert waren, wurden die Russen der Roten Armee eingegliedert. Ob er selbst an den Kämpfen an der Front teilgenommen hat, konnte nicht genügend aufgeklärt werden. Die vernommenen Zeugen wollen mit Bestimmtheit wissen, daß er seine Mannschaften selbst an die Front geführt und sich an den Kämpfen beteiligt habe. Der Angeklagte, dessen Auftreten und Erscheinung auf den ersten Blick die bessere Herkunft verrät, ist der deutschen Sprache nur sehr unvollkommen mächtig. Er hält, schlecht verständlich, eine längere Schlußrede, in der er dem Gericht glaubhaft machen will, daß er sich nur unter dem unwiderstehlichen Druck der Revolutionäre an dem Aufstand beteiligt habe. Man habe ihm die Pistole auf die Brust gesetzt und ihm nur die Wahl gelassen: Leben oder Tod. Im übrigen trage er sich mit dem Gedanken, später nach Rußland zurückzukehren. Er habe sich für die Heimkehr vor allen Dingen auch den schriftlichen Nachweis sichern wollen, daß er sich an der bolschewistischen Bewegung in Deutschland beteiligt habe. Er habe dann in Rußland um so größere Aussichten, vorwärts zu kommen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus."

4. Die „Judenpresse".

Die „Freiheit", das führende Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, schreibt in ihrer Nummer 248 vom 27. Juni 1920 unter der Ueberschrift: „Der Weltboykott gegen den weißen Schrecken" das Folgende:

„Aus Wien wird uns geschrieben:

Der Weltboykott gegen Horthyungarn wird von der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft prompt ausgeführt. Der Kampf der Arbeiterschaft enthüllte aber auf den ersten Schlag, wie viele offene und verkappte Freunde das blutige Horthyungarn in der Republik besitzt. Die christlich-soziale Presse erklärt, der Boykott sei die „Judenkanone" und sei ein jüdischer Rachefeldzug gegen das christliche Ungarn, aber merkwürdigerweise hetzt die ganze sogenannte „Judenpresse", d. h. die kapitalistische Presse ebenso gegen den Boykott, als die antisemitische."

Diese Tatsache ist gut gegen die unwahre antisemitische Behauptung zu verwerten, als ob die linksstehende Presse nur im Dienste des Judentums stehe.

5. Eine ergänzungsbedürftige Anfrage.

Schwerindustrie und Kriegsverdienste.

Die „Freiheit" vom 30. 6. 20 (Morgenausgabe) bringt unter obenstehender Ueberschrift folgende Notiz:

„Im Abenblatt des „Vorwärts" vom 6. März wird in einem Spitzenartikel („Geschäfte im Kaiserreich") mitgeteilt: Im Unterausschuß für Handel und Gewerbe des Reichstags sei 1917 von einem Zentrumsabgeordneten berichtet worden, das Reich werde durch enorme Ueberpreise, die an die großen Eisen- und Stahlindustriellen für Kriegsmaterial gezahlt würden, um Hunderte von Millionen Mark geschädigt. Obgleich die Industriellen sich weigerten, die Selbstkostenausweise vorzulegen, habe die dem Kriegsministerium zugehörende, aber unter dem maßgebenden Einfluß von Industrieinteressenten stehende Kriegsrohstoff-Gesellschaft, Abteilung Essen, doch immer wieder höhere Preise bewilligt. Ein Beamter der Kriegsrohstoff-Gesellschaft, der auf die Selbstkostenprüfung drängte, sei gemaßregelt worden. Da die Kriegsrohstoff-Gesellschaft dem Kriegsministerium unterstellt war, sei dieses für diese Mißwirtschaft, die den Reichssäckel um viele hunderte Millionen Mark zugunsten der Schwerindustriellen erleichterte, in erster Linie verantwortlich. Der damalige Staatssekretär Dr. Helfferich wird als Mitwisser bezeichnet. Als besonderer Vertrauensmann der Kriegsrohstoff-Gesellschaft in Preisfragen wird Generaldirektor Vögler, M. d. N., von der Deutsch-Luxemburgischen A.-G. (Aufsichtsratsvorsitzender Hugo Stinnes), eine Hauptlieferantin von Kriegsmaterial, genannt. In dem Artikel des „Vorwärts" wird weiter ausgeführt, das Kriegsministerium habe sich „erst nach der Revolution" gezwungen gesehen, die Preiswirtschaft seiner Kriegsrohstoff-Gesellschaft einer Untersuchung zu unterziehen. Eine im Frühjahr 1919 hierfür im Kriegsministerium eingesetzte Kommission kam aber nicht zu Rande, sondern erklärte das Kriegsministerium für inkompetent, weil mitverantwortlich für die Vorgänge in der Kriegsrohstoff-Gesellschaft, und schlug deshalb vor, die Nationalversammlung möge die Untersuchung wegen angeblicher falscher Information des Reichstages durch Vertreter der früheren Regierung und schwerer finanzieller Schädigung des Reiches in die Hand nehmen. Was weiter aus der Sache geworden ist, vermochte der „Vorwärts" nicht mitzuteilen. Er ersuchte die Regierung um Aufklärung, was nach der Erklärung der Untersuchungskommission geschehen sei, um die beschuldigten

Vertreter der früheren Regierung zur Verantwortung zu ziehen und um die Schwerindustriellen zur Rückzahlung der behaupteten riesigen Uebergewinne an die Reichskasse zu veranlassen.

Sind der Reichsregierung die vom „Vorwärts" mitgeteilten Vorgänge, die bisher von keiner Seite bestritten wurden, bekannt? Kann sie erklären, welche Umstände den Fortgang der Untersuchung dieser Vorgänge eventuell hinderten? Bis zu welchem Stadium ist die Untersuchung bis heute gediehen und welche Resultate hat sie gezeitigt?

Die Dinge, auf die sich die Anfrage bezieht, sind bereits im vergangenen Jahr in der unabhängigen Wochenschrift „Der Sozialist" behandelt worden."

6. Die Satzungen des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes.

Zur Verwendung für unsere Freunde veröffentlichen wir auf wiederholte Nachfrage die nachfolgenden Satzungen:

§ 1. Der Bund erstrebt die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart. Er erblickt in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluß des Judentums die Hauptursache des Zusammenbruches, in der Beseitigung dieses Einflusses die Vorbedingung des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Rettung deutscher Kultur.

Der Schutz- und Trutzbund macht es sich zur Aufgabe, über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären und sie unter Benutzung aller politischen und wirtschaftlichen Mittel zu bekämpfen.

Bestrebungen konfessioneller Art sind im Bunde ausgeschlossen.

§ 2. Mitglieder können alle unbescholtenen deutschen Männer und Frauen werden, die bei der Anmeldung schriftlich versichern, daß sie deutscher Abstammung sind. Die Aufnahme bedarf der Bestätigung des Vorstandes bzw. des von ihm Beauftragten, der sie ohne Angabe von Gründen ablehnen kann.

§ 3. Der Austritt kann nur zum Schlusse eines Kalenderjahres erfolgen; rückständige Beiträge sind bis dahin zu entrichten.

Ein Mitglied kann durch Beschluß des Bundes-Vorstands ausgeschlossen werden:

1. wenn es mit seinem Beitrage (§ 4) länger als ein halbes Jahr im Rückstand ist und ihn trotz Mahnung nicht entrichtet,
2. wenn es gegen die Ziele des Bundes handelt, oder wenn es sich herausstellt, daß die Voraussetzungen der Aufnahme nicht erfüllt sind (§ 2),
3. wenn es sich ehrenrühriger Handlungen schuldig macht,
4. wenn es mit einer volksfremden Person die Ehe schließt. Die Eheschließung mit Juden zieht den Ausschluß ohne weiteres nach sich.

Dem Ausgeschlossenen steht ein Anspruch an das Bundes-Vermögen nicht zu.

§ 4. Jedes Mitglied bestimmt seinen Beitrag durch Erklärung bei der Aufnahme selbst. Dieser soll jedoch nicht weniger als 5 Mark betragen.

§ 5. Die Mitglieder werden in Ortsgruppen zusammengeschlossen. Befinden sich in einem Orte oder Bezirke mindestens 15 Mitglieder, so kann der Bundes-Vorstand die Bildung einer Ortsgruppe veranlassen. Die Zuweisung der Mitglieder zu den Ortsgruppen regelt der Bundes-Vorstand nach deren Anhörung.

Die Satzungen der Ortsgruppen bedürfen der Genehmigung durch den Bundes-Vorstand.

Die Ortsgruppen haben nach Anweisung des Bundes-Vorstandes die sich aus den Zwecken des Bundes ergebenden Aufgaben in ihrem Wirkungskreise durchzuführen. Es steht ihnen frei, nach eigenem Ermessen, jedoch im Einverständnis mit dem Bundes-Vorstande, Aufgaben in Angriff zu nehmen. Ueber ihre Arbeiten haben die Ortsgruppen dem Bundes-Vorstande zu berichten. Dieser erläßt für die Tätigkeit der Ortsgruppen eine Geschäfts-Ordnung, an die jene gebunden sind.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben wird den Ortsgruppen freigestellt, Ortszuschläge zu den Mindestbeiträgen von den Mitgliedern zu erheben. Das Nähere über den Rechnungsverkehr regelt die Geschäfts-Ordnung.

§ 6. Die Ortsgruppen werden gemäß näherer, die Abgrenzung und Geschäftsführung betreffender Anordnung des Bundes-Vorstandes in Landes- und Gau-Verbänden zusammengeschlossen.

§ 7. Der Bundes-Vorstand leitet den Bund mit Hilfe des Beitrages und der Hauptgeschäftsstelle.

§ 8. Der Bundes-Vorstand besteht aus 3 Personen und zwar:

dem geschäftsführenden Vorsitzenden,
dem Hauptgeschäftsführer,
dem Schatzmeister.

Der Bund wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Hauptgeschäftsführer vertreten; soweit Abmachungen des Bundes mit dem Hauptgeschäftsführer in Betracht kommen, vertritt der geschäftsführende Vorsitzende den Bund; dieser ist auch befugt, andere Personen mit der Vertretung des Bundes zu betrauen.

Die Amtsdauer des geschäftsführenden Vorsitzenden, des Hauptgeschäftsführers und des Schatzmeisters ist unbeschränkt. Die Berufung des geschäftsführenden Vorsitzenden, sowie seine Abberufung wird durch besondere Bestimmung der begründenden Versammlung geregelt.

Der geschäftsführende Vorsitzende beruft die anderen Mitglieder des Bundes-Vorstandes zum Amte und hat das Recht sie abzuberufen.

§ 9. Der Bundes-Vorstand führt die Geschäfte des Bundes. Er ist für die ordnungsgemäße Verwendung der Bundesmittel verantwortlich.

§ 10. Der Beirat besteht aus 7 bis 11 Gesinnungsgefährten, die vom geschäftsführenden Vorsitzenden berufen werden können; ihre Amtsdauer läuft 3 Jahre vom Tage der Berufung und kann erneuert werden.

Der Beirat erhält seine Geschäftsordnung durch den geschäftsführenden Vorsitzenden, der bei den Verhandlungen den Vorsitz führt und im Falle der Behinderung vom Hauptgeschäftsführer vertreten wird.

§ 11. Der Beirat hat den Bundesvorstand in der Führung der Bundesgeschäfte zu unterstützen; insbesondere hat er die Verwaltung und Verwendung der Bundesgelder zu überwachen, auch sind ihm wichtige politische Kundgebungen des Bundes zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundes-Vorstand und

dem Beirat entscheidet die Stimme des geschäftsführenden Vorsitzenden.

§ 12. Der Hauptgeschäftsführer leitet die Hauptgeschäftsstelle nach den Beschlüssen des Bundes-Vorstandes, dem er verantwortlich ist; nötigenfalls kann der geschäftsführende Vorsitzende dem Hauptgeschäftsführer einen oder mehrere Gehilfen beigeben.

§ 13. Die Mitglieder des Bundes-Vorstandes und des Beirates sind zu unbedingtem Stillschweigen über die inneren Verhältnisse und Vorgänge des Bundes verpflichtet; sie erklären das vor dem Antritt ihrer Aemter in schriftlicher Urkunde dem geschäftsführenden Vorsitzenden gegenüber.

§ 14. Sitz des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ist Hamburg. — Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 15. Der Bundes-Vorstand kann eine Tagung des Bundes berufen, auf der jedes anwesende Mitglied stimmberechtigt ist. Diese „Deutschen Tage" sollen der öffentlichen Vertretung der Bundesbestrebungen dienen; ihre Tagesordnung ist demgemäß festzusetzen. — Die Beschlüsse der „Deutschen Tage" sind nur auszuführen, wenn sie vom geschäftsführenden Vorsitzenden bestätigt werden. — Hinsichtlich der Leitung gelten die in § 10 über den Vorsitz im Beirate getroffenen Bestimmungen.

§ 16. Satzungsänderungen und die Auflösung des Bundes können nur durch übereinstimmende Beschlüsse von Bundes-Vorstand und Beirat beschlossen werden; ihre Ausführung hängt von der Bestätigung durch den geschäftsführenden Vorsitzenden ab.

§ 17. Im Falle der Auflösung verfügt der Bundes-Vorstand über das Vermögen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

7. Das „internationale" Judentum.

Eine der häufigsten antisemitischen Unwahrheiten ist die über die angebliche Internationale des Judentums, die ja Hans Goslar in der im Philo-Verlage erschienenen Schrift „Jüdische Weltherrschaft" so schlagend widerlegt hat. Es ist nun interessant, wenn die „Freiheit", das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, in ihrer Nr. 254 vom Donnerstag, den 1. Juli 1920, von der „neuen Internationale der christlichen Gewerkschaften" berichtet, die einen gemeinsamen Kongreß aus allen Ländern vom 16.—19. Juni 1920 im Haag abhielt. Es ist selbstverständlich das gute Recht der christlichen Gewerkschafter, sich für gemeinsame, teilweise übernationale Forderungen zusammenzuschließen, dasselbe Recht aber beansprucht das Judentum für sich, wenn es sich um Wohltätigkeits- und ähnliche Fragen handelt.

Bei der gegenwärtigen Tagung wurde übrigens die Mitgliederzahl für die verschiedenen Länder genannt, es ergab sich, daß die Gewerkschafter in Europa mit Ausnahme einiger Länder rund $3^1/_2$ Millionen Mitglieder zählen, in Deutschland etwa $1^1/_4$ Million.

* * *

In die gleiche Kerbe haut die folgende dem „Bayrischen Kurier" vom 22. 6. 1920 entnommene Notiz:

W e l t l i g a g e g e n J u d a.

In Wien hat sich ein Initiativ-Komitee gebildet (Wien IX, Säulengasse 12) zur Schaffung einer Weltliga gegen Juda, gegen den kapitalistisch-kommunistischen jüdischen Weltherrschaftsbund. Eine Weltkonferenz dieser Weltliga ist in Vorbereitung.

8. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband.

Für die Beurteilung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist die folgende Notiz, die der „Deutschen Handels-Wacht" vom 2. 6. 20 (der Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes) entnommen ist, von Wert:

„Die Verhandlungen wegen einer Kandidatur für den Kollegen Gerig-Köln in der Zentrumspartei haben leider nicht den Abschluß gefunden, der gewünscht wurde. Auf Betreiben der Bauernschaft ist die Liste der Zentrumspartei in Köln zu Ungunsten unseres Kollegen umgestaltet worden. Die Einräumung eines sicheren Platzes für Gerig auf der Reichsliste war nicht mehr möglich. Trotzdem haben unsere lebhaften Vorstellungen bei den maßgebenden Parteiinstanzen den Erfolg gehabt, daß begründete Aussicht besteht, daß der Kollege Gerig durch seine Kandidatur auf der Kölner Liste auch tatsächlich in den Reichstag einzieht.

Auch bei der Demokratischen Partei sind mit der Kandidatur des Kollegen Heinemann-Frankenthal Schwierigkeiten entstanden. Die Zentralleitung der Partei hat sich nicht bereit gefunden, Heinemann einen sicheren Platz auf der Reichsliste einzuräumen. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß die Interessen der Handlungsgehilfen durch die Kandidatur Schneider vom Leipziger Verband genügend gewahrt werden. Wir haben von unserer gegenteiligen Auffassung kein Hehl gemacht. Heinemann kandidiert in seinem heimatlichen Wahlkreis. Es ist jedoch Vorsorge getroffen, daß in künftigen Fällen auch die Demokratische Partei den uns gebührenden Einfluß bei den Wahlen nicht versagt.

Auf der Reichsliste der Demokratischen Partei steht Frl. Israel vom Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten. Bei dem freundschaftlichen Verhältnis, das uns mit dieser Gewerkschaft verbindet, können wir hoffen, daß eine Wahl Frl. Israels auch unseren Bestrebungen nützlich sein wird. —

Endlich hat auch die neugegründete Deutschsozialistische Partei einen unserer Kollegen an führender Stelle als Kandidaten aufgestellt. Es ist der Kollege Kopp, der an erster Stelle der Liste des 17. Wahlkreises Münster-Minden-Lippe steht. So haben auch die Kollegen, die sich dieser neuen Partei angeschlossen haben, die Gewißheit, bei einem Gelingen dieser Parteigründung durch einen Verbandskollegen vertreten zu sein."

9. Antisemitismus und Gemeindevertretung in Tübingen.

Für weite Kreise von Interesse ist die S t e l l u n g n a h m e d e r G e m e i n d e v e r t r e t u n g z u d e n a n t i s e m i t i s c h e n T r e i b e r e i e n i n d e r U n i v e r s i t ä t s s t a d t T ü b i n g e n. In einer Sitzung des Gemeinderats kam Gemeinderat und Landtagsabgeordneter S c h e e f, der Führer der Deutsch-demokratischen Partei, auf die seit einiger Zeit

hier zu beobachtende antisemitische Hetze zu sprechen, die sich besonders im Ankleben von kleinen Zetteln an Gebäuden usw. äußere. Diese unerlaubte Handlung werde von den Hausbesitzern meistens recht unangenehm empfunden. Die Agitation selbst trage die Gefahr einer Störung des konfessionellen Friedens in sich und sei deshalb tief bedauerlich. Er bitte daher den Herrn Oberbürgermeister dringend, dafür zu sorgen, daß gegen die Uebeltäter energisch vorgegangen werde. Der Vorsitzende unterschreibt auch seinerseits die eben ausgesprochenen mißbilligenden Worte in vollem Umfange und glaubt, daß das gesamte Kollegium in der Verurteilung des widerlichen Unfugs einig ist, besonders vom konfessionellen Standpunkt aus. Ohne Zweifel diene die Hetze dem inneren Frieden nicht, besonders in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo durch die Wahlen die Stimmung ohnedies gereizt sei. Der Polizei habe er schon vor geraumer Zeit aus eigenem Antrieb und auf Wunsch von anderer Seite nahegelegt, der frechen Unart energisch auf den Leib zu rücken. Einige Schüler höherer Lehranstalten seien beim Ankleben von Zetteln auch ertappt und dann angezeigt worden. Er, der Oberbürgermeister, richte nun einen dringenden Appell an das Anstandsgefühl der Einwohnerschaft, die Polizei in ihrem Bemühen, die Täter zu ermitteln, nach Möglichkeit zu unterstützen. Es werde gut sein, auch danach zu forschen, woher der Auftrag zum Ankleben der in Rede stehenden Zettel komme.

Gemeinderat Werner (Zentrum) tritt den Ausführungen der beiden Vorredner namentlich im Interesse des konfessionellen Friedens bei. Gemeinderat Rechtsanwalt Dr. Hayum bedauert, daß die Agitation gerade von Leuten, welche die Stätte der höheren Bildung (Universität und höhere Knabenschulen) besuchen, betrieben werde. Es sei bekannt, daß Gymnasiasten, Söhne angesehener und führender Männer, sich mit dem Ankleben von Zetteln befassen. Wenn die Polizei den Unfug bekämpfe, so sei das erfreulich, es werde jedoch behauptet, daß das Bekleben des Uhlanddenkmals sich unter den Augen eines Schutzmanns vollzogen habe. Der Vorsitzende erklärte, den letzteren Punkt untersuchen zu wollen.

10. **Dr. Dinters Abfertigung.**

Die Casseler Vorgänge.

Um der sich immer stärker breitmachenden antisemitischen Bewegung in voller Oeffentlichkeit entgegenzutreten, hatte die Casseler Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 17. Februar 1920 in dem großen Saal der Stadthalle eine Versammlung einberufen, die von Tausenden besucht war und sich zu einem unbestrittenen Erfolge gestaltete. Als Redner war Dr. Bruno Lange, damals noch Rabbiner in Essen, gewonnen, dessen Darlegungen derart überzeugend wirkten, daß in der sich anschließenden Debatte die Antisemiten, obwohl sie im Saal vertreten waren, elend kniffen. Sie beraumten nun ihrerseits eine Versammlung an, in der Dr. Artur Dinter, der bekannte Rassentheoretiker und antisemitische Hetzapostel unter dem Thema „Die Wahrheit über das Judentum“ zugleich eine Antwort an Dr. Lange geben sollte. Diese Versammlung, die immer wieder der Vertagung anheimfiel, konnte endlich am Freitag vor Pfingsten (21. Mai) an der gleichen Stelle stattfinden. Bezeichnend für die Scheu der Antisemiten vor einer in aller Oeffentlichkeit vor sich gehenden großen Versammlung war die Tatsache daß man mindestens die vordere Hälfte des Saales und der Galerien den Gesinnungsfreunden vorbehalten, hatte, sodaß bereits der sog. „Vorverkauf“, der nummerierten Plätze ein sehr fragwürdiger war. Außerdem hatte sich die Versammlungsleitung mit einer aus mehreren Hundert jungen Leuten, meist Schülern der höheren Lehranstalten bestehenden Knüppelgarde umgeben, die unbarmherzig gegen Zwischenrufer, obwohl diese anscheinend ganz und garnicht die Versammlung zu „stören“ suchten, vorging, und teilweise unter Stockhieben auf christliche Arbeiter eindrang, die aus dem Saale geworfen wurden. Von vornherein schien der Versammlungsleiter keine freie Aussprache zulassen zu wollen. Erst als ein Teil der Versammlung, der sich in offenbarem Gegensatz zu den Hetzbestrebungen der Antisemiten befand, dagegen durch einen Redner und durch Zwischenrufe Stellung nahm, sicherte Dr. Dinter selbst jedem Gegner „ausreichende Redezeit“ zu. Dr. Bruno Lange, der auf Wunsch der Casseler Ortsgruppe des Centralvereins eigens aus Partenkirchen, seinem jetzigen Wohnsitz, zu der Versammlung nach Cassel gekommen war, um Dr. Dinter in voller Oeffentlichkeit entgegenzutreten, meldete sich sofort unter starkem Beifall seiner Freunde zum Wort. Im Laufe seiner über $2^1/_2$ stündigen Ausführungen (bis 10,50 Uhr abends — Casseler Polizeistunde 11 Uhr!) brachte Dr. Dinter, der nicht einmal ein glänzender Redner genannt werden kann, neben den bekannten antisemitischen Lügen und Verdrehungen eine ungeheuere Fülle eigener Entstellungen und Behauptungen, die zum großen Teil direkt lächerlich, zu einem anderen Teil so widerlich waren, daß selbst christliche Persönlichkeiten, die rechts orientiert sind, davon mit Entschiedenheit abrückten. U. a. bezeichnete Dinter die Bücher der Propheten als ein „Tagebuch jüdischer Betrügereien“, den „Judengott Jahwe als Gott der Geschäftsmacher“ und später noch einmal als einen „über den Wolken thronenden Geschäftsmann“. Von den Söhnen Isaaks wurde Jakob zum Semiten, Esau zum Arier gestempelt, dem sogar der furor teutonicus beigelegt wurde. Der englische Zeitungskönig Lord Northcliffe wurde selbstverständlich als Jude bezeichnet, das Gründungsjahr des „Berliner Tageblatts“ für Deutschland als besonders unheilvoll geschildert. Die Umgebung Kaiser Wilhelms des II. sei völlig verjudet gewesen, die deutsche Regierung hätte zu $80^0/_0$ aus Juden bestanden (Namen wurden natürlich nicht genannt), $90^0/_0$ der deutschen Presse wäre im jüdischen Besitz oder stände unter jüdischem Einfluß, der Jude habe kein Nationalgefühl, die jüdischen Gesetze erlaubten den Totschlag „auch an Christen“ und was so weiter die übliche Hetze war. Als um 10,40 Uhr Dr. Dinter, der sich vergeblich mit den „Störungsversuchen“ herausredete, die vielleicht alles in allem eine Unterbrechung von $^1/_4$ Stunde hervorgerufen haben mögen, immer noch redete, forderte Dr. Lange, der die völlige Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen, an diesem Abend ausreichend zu Worte zu kommen, einsah, alle Gegner des Antisemitismus auf, den Saal zu verlassen. Dies geschah und die Antisemiten waren nun nahezu unter sich. Um 10.54 Uhr eröffnete

man die „Aussprache“, die sich natürlich nur ganz kurz, wie es eben offenbar gewünscht worden war, noch gestalten konnte. Sofort nach diesem für die Antisemiten so sehr beschämenden Ausgang ihrer Radauversammlung, die in weiten Kreisen der Bürgerschaft unliebsames Aufsehen erregte, wurden die Vorbereitungen für eine am nächsten Abend abzuhaltende

Gegenversammlung

getroffen und erfolgreich durchgeführt. Noch in der Morgennummer des „Casseler Tageblatt“ erließ Dr. Lange eine öffentliche Aufforderung an Dr. Dinter, sich ihm zu stellen und sicherte ihm mindestens 1/2 Stunde Redezeit zu. Zwischen 8 und 9 Uhr wurden an allen Plakatsäulen der Stadt die Plakate mit der gleichen Aufforderung und der Einladung zur Versammlung angeschlagen, der freie Vorverkauf unnummerierter Plätze (auf Nummern glaubte man gern verzichten zu können) wurde eröffnet, in sämtlichen Casseler Blättern, die mit ihren Sonntagsausgaben am Sonnabend mittag oder Nachmittags erschienen, wurde die Anzeige wiederholt, die meisten Redaktionen veröffentlichten noch den Offenen Brief Dr. Langes, und so kam es, daß abends 8 Uhr der große Stadtparksaal, der 1200 Personen fassen soll, von über zweitausend Personen dicht gefüllt war und daß Hunderte vor dem Saale, die keine Karten mehr bekommen konnten, umkehren mußten. Namens eines aus den verschiedensten Konfessionen zusammengesetzten Komitees leitete Fabrikant Louis Oppenheim in energischer Weise die Versammlung, zu der Dr. Dinter mit einer großen Anzahl seiner Freunde erschienen war; Dr. Dinter selbst hatte mit seinem Stenographen am Vorstandstisch Platz nehmen dürfen. In wiederum glänzender Ausführung, die oft genug den stürmischen Beifall des größten Teils der Versammlung, in der man führende christliche Persönlichkeiten aus allen Kreisen erblicken konnte, hervorrief, widerlegte Dr. Lange, indem er auf mehr als 20 Punkte der Dinterschen Behauptungen einging, seinen Gegner. Er wies die Unsinnigkeit der ganzen Rassentheorie Dinters nach und wies nach, daß nicht Juden, sondern gerade Christen die wissenschaftlichen Vertreter der materialistischen Weltanschauung waren und daß ein Hauptvertreter der idealistischen Weltanschauung ein deutscher Jude, Prof. Hermann Cohen in Marburg, gewesen sei. Im übrigen sei die ganze Welt materialistisch geworden, nicht die Juden allein. Die Berichte über Pogromhetzen seine keine Lügen, sondern würden bewiesen durch die bekannten deutschvölkischen Flugblätter. Entgegen der Behauptung Dinters, daß der Antisemitismus nicht gleichbedeutend mit der Reaktion sei, wies Dr. Lange das Gegenteil an Hand der Enthüllungen des ehemaligen deutschnationalen Generalsekretärs Kroschel und eines Briefes des Fürsten Salm nach. Ueber die Beteiligung der Juden im Berufsleben insbesondere auch in der Arbeiter- und Handwerkerschaft brachte Dr. Lange einwandfreie statistische Angaben, ebenso für die Widersinnigkeit der Behauptung einer zu 90% unter jüdischem Einfluß stehenden Presse und einer aus 80% Juden bestehenden Regierung. Dann beschäftigte sich Dr. Lange eingehend mit den Bibelentstellungen und den Dinterschen Unwahrheiten über das jüdische Schrifttum. Bei dem Gesetz gegenüber Nichtjuden handele es sich nicht um Totschlag, sondern um das juristische Todesurteil auch gegenüber Nichtjuden, dort, wo es eine eigene jüdische Gerichtsbarkeit gab. Nach einer weiteren Fülle erdrückender Beweise gegenüber den Dinterschen Behauptungen, die dieser jetzt plötzlich zum großen Teil nach seinen Zwischenrufen nicht wahr haben wollte, schloß Dr. Lange seine ausgezeichnete Rede, die minutenlangen Beifall auslöste.

In seinem Verteidigungsversuch, für den ihm mehr als 1/2 Stunde zur Verfügung stand, erwies sich Dr. Dinter als höchst ungeschickter Debatter, der zu der Sache selbst anscheinend nichts mehr zu sagen wußte und daher auf allerlei Nebensächlichkeiten einging. Zugeben mußte er, daß er kein Wort hebräisch verstehe, er müsse sich auf seine Autoritäten verlassen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkt worden, daß Dinter später, als ihm zu dem bekannten Kolnidre-Gebet die Ansicht des berühmten Alttestamentlers Geheimen Konsistorialrats Dr. Strack und anderer vorgehalten wurde, durch Zwischenruf bemerkte: „Ich pfeife auf die wissenschaftlichen Autoritäten.“ (!!) Alles in allem schnitt Dinter einfach kläglich ab und die halbstündige Aussprache, die nun folgte, bekräftigte noch diesen Eindruck. Besonders wirkungsvoll waren die Worte des demokratischen Parteisekretärs Gadomski, der als Elsässer Dr. Dinter sein bekanntes Theaterstück „Die Schmuggler“, in dem die altdeutschen Zollbeamten heruntergezogen werden, vorwarf, somit Dr. Dinter als Vertreter eines „deutschen“ Standpunktes aufs schärfste kennzeichnete. Namens der Mehrheitssozialisten fand Redakteur Deerberg überaus warme Worte, ferner sprachen der demokratische Schreinermeister Wachsmuth, der in Hofgeismar einen Gesinnungsgenossen Dinters, Klein-Rhoden, am Tage vorher vor Tätlichkeiten der entrüsteten Versammlungsteilnehmer schützen mußte, der deutsch-völkische Prof. Reinecke, der selbst zugestehen mußte, daß die Ausführungen des Hauptredners von seinem Standpunkt aus hoch vornehm gewesen seien, der Arbeiter Wustmann, der den Unterschied zwischen den beiden Versammlungen Dinters und Langes beleuchtete und die Demokratin Frl. Tiemann, die das jüdische Familienleben als gerade zuvorbildlich bezeichnete. In seinem Schlußwort sagte Dr. Lange noch, wenn es eine „doppelte Moral“ gäbe, so sei sie bei den Antisemiten zu suchen, die sich selbst wie Brüder liebten, alle anderen aber als Feinde haßten. Das Kolnidre-Gebet habe mit dem bürgerlichen Eid nichts zu tun und gelte nur für religiöse Gelübde. Es sei auch interessant, daß die deutschen Bühnen, die Dr. Dinter gestern noch als verjudet erklärt habe, ihm gut genug gewesen seien, um seine „Schmuggler“ aufzuführen. Außer der deutsch-völkischen Wahrheit gäbe es noch eine richtige Wahrheit. Dr. Lange wurde von zahlreichen Angehörigen christlicher Konfession, darunter auch durchaus rechtsstehenden Personen, zu seinem großen Erfolg beglückwünscht. Angesichts der Erregung eines Teils der Anwesenden gegen die antisemitischen Führer bot Dr. Lange seinen persönlichen Schutz Dr. Dinter an, den dieser dankend annahm.

Der Erfolg

des Abends war auch in der breitesten Oeffentlichkeit ein überaus nachhaltiger. Die Versammlung war Tagesgespräch während des Pfingstfestes. Die gesamte Casseler

Presse mußte den Erfolg anerkennen. Die Angelegenheit hatte noch *weitere* Folgen: Der Magistrat der Stadt Cassel wies öffentlich darauf hin, daß er auf die Entfernung derjenigen Schüler aus der Schule hinwirken würde, die entgegen dem ministeriellen Erlaß an politischen Veranstaltungen teilnehmen, ferner werden in Zukunft städtische Räume nur dann vermietet werden, wenn die Veranstalter sich vorher schriftlich verpflichten, Schüler und Schülerinnen, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, weder als Zuhörer noch als Ordner zuzulassen. Dr. Dinter erließ nach mehreren Tagen noch einen Offenen Brief an Dr. Lange, in dem er ihn zu einer zweiten öffentlichen Versammlung in Cassel, sobald „seine gegenwärtige Vortragsreise beendet sei und Zeit und Umstände es ihm ermöglichten", einladet, um seine Angriffe an Hand des stenographischen Protokolls „eingehend zu widerlegen", während er gegen den Parteisekretär Gadomski Strafantrag gestellt hat. Strafantrag dürfte aber vor allem gegen Dr. Dinter selbst wegen *Gotteslästerung* und *Religionsschändung* von berufener Seite gestellt werden.

Zusammenfassend darf man sagen, daß die wirksamste Methode, um das schleichende Gift des Antisemitismus zu bekämpfen, darin besteht, *ihn an das Licht des Tages* zu ziehen und ihm in öffentlicher Versammlung nachdrücklich entgegenzutreten. Der größte Teil der deutschen Bürger- und Arbeiterschaft ist ganz gewiß politisch viel zu aufgeklärt und überhaupt viel zu verständig, um auf den *Schwindel* des Antisemitismus, auf diese heute beliebteste Methode der *Reaktion*, hereinzufallen!

11. Deutschenhaß und Judenhaß.

In der Broschüre des früheren Krupp'schen Direktors Wilhelm Muehlon: „Die Verheerung Europas" (Zürich 1918 Orell Füßli) findet sich auf Seite 12 folgende Stelle:

> „Deutschland war reich geworden und materiell mächtig, aber die Abneigung des Auslandes gegen alle deutsche Art hatte sich ins Unglaubliche vermehrt. Wie die Fremdkörper in der Gemeinschaft Europas betrachtete man die Deutschen, die man entfernen, zerteilen, absorbieren müsse. Man fand die Deutschen brutal, wo sie Politik machten, hartherzig, wo sie herrschten, skrupellos, wo sie Geschäfte trieben, unbedeutend und verknöchert, wo sie dozierten, ungewandt und anmaßend, wo sie auftraten, geschmacklos, wo sie kauften, lächerlich, wo sie distinguiert sein wollten, feige, wo es auf individuelle Ueberzeugung ankam, unzuverlässig, wo sie sich bewähren sollten, kriechend, wo sie lernen wollten, ungerecht, wo sie über Fremdes zu urteilen hatten. Man hielt sie für eine Pest, und gerade die Höchstgestellten und Reichsten unter ihnen traf diese Abneigung am meisten. Den einfachen deutschen Mann vom sogenannten alten Schlag ließ man sich noch eher gefallen, weil er nicht störte. All das hatten die Deutschen bis zum kleinsten Mann herausgefühlt; auch wenn er nicht über die Grenze kam, wußte er, daß der Deutsche überall draußen unbeliebt sei, man ihm ausweiche oder die Nase vor ihm zuhalte."

Wenn man für das Wort „Deutsche" das Wort „Jude" setzt, so ergibt sich, worauf ja schon von Männern wie Konstantin Brunner, Professor Goldstein-Darmstadt überzeugend hingewiesen worden ist, die Tatsache, daß es den Deutschen in der Welt ebenso vor und während dem Kriege ergangen ist, wie den Juden in Deutschland durch die Antisemiten.

Ebensowenig aber, wie wir Deutsche uns solche Verallgemeinerungen gefallen lassen und sie energisch abweisen, ebenso halten wir Juden es auch. Solche Fälle sind in antisemitischen Versammlungen, in Zeitungsaufsätzen und ähnlichen stets anzuführen.

12. Houston Steward Chamberlain.

Einer unserer Freunde weist uns auf die naturwissenschaftliche Wochenschrift Nr. 47 vom 23. November 1919 hin (Verlag Gustav Fischer, Jena) mit einem umfangreichen Leitartikel von Professor A. *Hansen*: „Die Lebenswege H. St. Chamberlains und die Naturwissenschaft".

Es handelt sich um eine Besprechung des von Chamberlain jüngst herausgegebenen Buches „Lebenswege meines Denkens" (bei F. Bruckmann, München). Uns interessieren weniger die Auseinandersetzungen auf naturwissenschaftlichem Gebiete, die der gelehrte Verfasser mit Chamberlain führt und in denen er auch dessen Unkenntnis auf diesem Gebiete überzeugend nachweist. Für uns sind von besonderer Wichtigkeit allgemeinere Feststellungen über Chamberlain und sein öffentliches Wirken.

So sagt Hansen u. a.: „Es ist dieselbe Verbreitung falscher Urteile (auf naturwissenschaftlichem Gebiet), welche auf politischem Gebiet Chamberlain in seinen ungeheuerlichen und unwahren Kriegsbriefen unternommen hat, die durch ihre überspannte Lobhudelei deutschen Wesens und die unwürdige Herabsetzung des eigenen Volkes wesentlich beigetragen haben an der Selbstüberschätzung und Unterschätzung der Macht und politischen List der Gegner, denen wir das jammervolle Resultat dieses grauenvollen Krieges verdanken. Wenn die Engländer immer „Schuldige" vor ihr Tribunal laden wollen, sollten sie ihren Landsmann Chamberlain nicht vergessen."

An anderer Stelle heißt es: „Ich muß schließlich ausdrücklich dem möglichen Irrtum entgegentreten, als handle es sich in meiner Ablehnung des Chamberlainschen Buches um einen Gelehrtenstreit, d. h. um eine bloße Meinungsverschiedenheit. Das ist nicht der Fall. Es handelt sich um den Schutz der Wissenschaft gegen grobe Entstellung und historische Fälschung, also um den Schutz des allgemeinen Interesses an dem, was wahr ist. Wenn ein Schriftsteller fort und fort mit in keiner Literatur erhörter Selbsteinschätzung die Wissenschaften und ihre Vertreter zu diskreditieren und dafür seine weniger originellen, als verschrobenen Lehrsätze anzubieten sucht, so wird dadurch nicht nur das Tatsachenmaterial verwirrt, sondern auch das Denken der Nichtsachverständigen auf falsche Bahnen gelenkt. Solches verdorbene Denken wird dann auch im praktischen Leben zum falschen Urteil führen, wie die gegenwärtige Zeit erschreckend lehrt. Möchte unser Volk, das sein Denken durch Verschlingen einer Flut von Romanen und romantischem Plunder verlernt hat, sich endlich wieder wahrhaft bilden. Dazu sind die gepriesenen Bücher von Chamberlain nicht geeignet. Grobe Irrtümer, von

vielem Doktrinarismus und bunter Wortspielerei oder dunklem Phrasentum verschleiert, müssen umso verderblicher wirken, wo sie mit dem Schein priesterlicher Weisheit dargeboten werden."

Ferner wird gesagt: „Chamberlain selbst hat die Tatsache geschaffen, daß jedesmal, wenn ein Buch von ihm erscheint, „dessen Stil wie Musik" ist (vgl. den Umschlag) die Wissenschaft den warnenden Zuruf erheben muß: „Mit Vorsicht zu genießen!" Schwache Köpfe können sich an dem berauschenden Getränk, welches hier verzapft wird, ohne Zuguß von Wasser, Denken und Urteil völlig verderben, wofür ein gewichtiges Beispiel vorliegt."

13. Die Gesamtzahl der Juden auf der Erde.

Die „Allgem. Zeitung des Judentums" vom 25. Juni 1920 bringt folgende interessante Zusammenstellung:

Die amerikanische Wochenschrift „The American Israelite" hat soeben eine Schätzung der Gesamtzahl aller Juden auf der Erde veröffentlicht, die schon infolge der neuen Staatsgrenzen, auf die sie sich nunmehr verteilen, nicht ohne Interesse ist. Die riesige Judenbevölkerung Rußlands, die im Zarenreiche lebte, hat sich auf drei Staaten verteilt: Polen, die Ukraine und Rußland selbst. Trotzdem stehen die beiden ersten Staaten unbedingt an der Spitze aller Länder der Welt, soweit die Zahl ihrer jüdischen Bevölkerung in Betracht kommt. Im einzelnen lauten die Zahlen wie folgt:

Land	Zahl
Polen	3 300 000
Ukraine	3 300 000
Vereinigte Staaten	3 100 000
Rußland und Sibirien	900 000
Rumänien	650 000
Deutschland	540 000
Ungarn	450 000
Tschechoslowakei	450 000
Großbritannien und Irland	300 000
Oesterreich	300 000
Litauen	250 000
Südslawien	200 000
Afrika (außer Marokko, Tunis und Algerien)	170 000
Frankreich	150 000
Algerien und Tunis	150 000
Arabien	130 000
Griechenland	120 000
Holland	110 000
Marokko	110 000
Argentinien	100 000
Kanada	100 000
Türkei	100 000
Palästina	100 000
Australien	20 000
Europäische Länder ohne besond. Aufzählung	200 000
Asiatische Länder ohne besondere Aufzählung	100 000
Amerikanische Länder ohne besond. Aufzählung	30 000

Danach beherbergen mehr als je eine Million Juden drei Länder: Polen, die Ukraine und die Vereinigten Staaten. Zwischen 500 000 und einer Million leben auch wieder in drei Staaten: Rußland, Rumänien und Deutschland. Dagegen sind in Palästina nur 100 000, in so großen Ländern wie Argentinien und Kanada ebenfalls nur je 100 000 Juden ansässig.

Die Gesamtzahl aller Juden auf der Erde wird auf 15 430 000 angegeben. Von der gesamten Menschenzahl sind das etwa 0,9 Prozent.

14. Der „vornehme" studentische Antisemitismus.

Die „Freie Welt", illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D., veröffentlicht in No. 23 II. Jahrgang, die am 27. Juni herausgegeben wurde, auf Seite 4 drei Photographien des Studentenklosetts der Universität Rostock, welche die Verrohung des studentischen Antisemitismus hervorragend beleuchten. Inschriften wie: „Haut die Juden tot" — „Man mache ein Pogrom!" und ähnliche schmücken in Poesie und Prosa die Wände dieses Ortes.

Die Redaktion hat unter ein Bild geschrieben: „Die Inschriftmaler sind unsere künftigen Richter, Beamte, Staatsanwälte, Priester!" Jeder vernünftig Denkende wird an diese bedenkliche Tatsache nur unter einem gelinden Grauen denken können. — Die Bilder werden, wenn man sie in seinem christlichen Bekanntenkreise herumreicht, ihre abschreckende Wirkung nicht verfehlen. Wir halten eine kleine Anzahl der Nummern (Preis 0,50 M.) für unsere Freunde vorrätig.

15. Mustafa Kemal Pascha — Jude?

Die „Kölnische Zeitung" vom Montag, den 21. Juni bringt folgendes Pariser Telegramm:

„Der türkische Großvesir hat den Vertreter der Pariser Ausgabe der „Daily Mail" empfangen und ihm über die türkischen Nationalisten ein paar interessante Mitteilungen gemacht. Mustafa Kemal Pascha soll hiernach ein Jude aus Salonik sein, der bekannte Rustem Bei ein Pole mit Namen Alfred Bilinski, und der noch bekanntere Ali Fuad deutscher Abstammung sein. Das seien die Leute, die im Namen des Islams sprechen wollten. Der Großvesir soll die Ansicht ausgesprochen haben, die Bewegung Mustafa Kemal Paschas brauche in Europa keine besonderen Beunruhigung zu verursachen."

Was sagen unsere Antisemiten dazu, besonders die der rechtsstehenden Presse, daß der von ihnen so gefeierte türkische Nationalist ein Saloniker Jude sein soll? Es ist allerdings nach unseren Informationen anzunehmen, daß die Angabe falsch ist, ebenso wie die über den darin genannten Ali Fuad, der alles andere als deutscher Abstammung ist. Man wird die Angaben des englischen Journalisten, die aus bestimmten Gründen tendenziös gehalten sind, mit größter Vorsicht aufzunehmen haben.

16. Amtsgerichtssekretär Bartscher.

Die sattsam bekannte „Freie Meinung" veröffentlicht einen Bericht über eine am 9. Mai abgehaltene Mittelstandsversammlung, in der ein Amtsgerichtssekretär Bartscher-Iserlohn sich besonders durch seine antisemitischen Ausfälle ausgezeichnet hat. Wir werden darauf hingewiesen, daß Bartscher von 1908—1913 preußischer Lnadtagsabgeordneter für Bochum-Stadt und von 1913—1918 für Gelsenkirchen gewesen ist, und zwar als Mitglied der Zentrumspartei. Für Bochum war er sogar mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt gegen einen nationalliberalen Landrat.

17. Major a. D. von Hertzberg.

Major a. D. von Hertzberg, der zurzeit an der Forstakademie Hannover studiert, ist durch Verfügung des Landwirtschaftsministeriums kurzerhand relegiert worden, weil er am Schwarzen Brett der Hochschule vor der Wahl von Demokraten und Juden gewarnt hatte.

18. Berichtigung.

Durch einen Irrtum ist in Nr. 7 der „Mitteilungen" der Preis für die wertvolle Schrift von Geheimrat Professor Dr. Strack „Sind die Juden Verbrecher von Religionswegen" mit 3 Mark angegeben worden. Der Preis beträgt aber nur 50 Pfg. und Sortimentszuschlag von 20 Prozent. Eine Anzahl Exemplare des Buches sind zu diesem billigen Preise noch im Philo-Verlage vorrätig.

19. Antisemitische Literatur.

(Fortsetzung des alphabetischen Verzeichnisses aus Nr. 14 der „Mitteilungen".)

Hoffmann-Kutschke, Dr., Sonnenwende, Gedanken zum nationalen Wiederaufbau Deutschlands. Histor. politischer Verlag in Leipzig.

Heydner, Georg, Der politische Charakter der Deutschen, Hammer-Verlag in Leipzig.

Justus, Dr., Judenspiegel, 5. nach der wissenschaftlichen Untersuchung des Herrn Dr. Jakob Ecker bearbeitete Auflage, Deutschvölkische Verlagsanstalt in Hamburg. 0,70 Mk.

Jung, Prof. Dr,, Die Einheitsfront der Geldmächte, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

— Europäische Kultur und Machtausbreitung, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

Junius, Alter, Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode, J. F. Lehmann in München. 3 Mk.

Jakesch, Dr. Wilhelm, Die Schicksale der blonden Rasse, Hammer-Verlag in Leipzig. 1 Mk.

Jordan, Dr. Herm., Wie kam es? Vossische Buchhandlungs-Verlag in Berlin.

Kautzsch, Dr. W., Die Verjudung des verlorenen Elsaß, Natur- und Gesellschafts-Verlag in Berlin-Lichterfelde-Ost, Goethestr. 20. 1,25 Mk.
Die jüdische Intriga während des Krieges, Natur- und Gesellschafts-Verlag in Berlin-Lichterfelde-Ost, Goethestr. 20. 1 [illegible]

Kämpfer, E., Jüdische Selbstbekenntnisse. 0,50 Mk.

Klaus, H., Banken und Börse als zersetzende Kräfte, Natur- und Gesellschafts-Verlag in Berlin-Lichterfelde-Ost, Goethestr. 20. 1 Mk.

Klein, A,, Konsistorialrat, Das Aufkommen der Macht des Judentums in Deutschland, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

Kloth, Emil, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Buchbinder-Verbandes, Einkehr, Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der Sozialdemokratie, Deutscher Volksverlag in München. 5,50 Mk.

Kolk, Das Geheimnis der Börsenkurse und die Volksausraubung durch die internat. Börsenzunft, Verlag Herm. Beyer in Leipzig.

Kosinna, Prof. Dr., Altgermanische Kulturhöhe, Nornau-Verlag in Jena. 1 Mk.

Kracht, Klaus, Das Judenzusammenfassungsgesetz, Mittgart-Verlag im Hochdahl bei Düsseldorf.

Kraeger, Prof. Dr. H., Die heilige Not, Deutschnat. Verlagsanstalt A.-G. in Hamburg und Leipzig.

Kraeger, Prof. Dr. H., Unsere Toten, Lehmannsche Verlagsbuchhandlung in Dresden. 1,50 Mk.

Kramer, Walther, Die Revolution als Rassenkampf, Selbstverlag in Leipzig, Königstr. 17. 0,50 Mk.

Krellmann, P., Das Judentum im Lichte der Statistik, Deutschvölkische Verlagsanstalt in Hamburg. 1 Mk.

— Statistisches zur Judenfrage, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

Kühn, Dr. E., Die Juden und die unsittliche Weltordnung, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

— Deutsche Helden und Juden, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

— Materialismus und Verfall, J. F. Lehmanns Verlag in München. 0,50 Mk.

Lehmann, J. F., Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden, J. F. Lehmanns Verlag in München.

Liebe, Martin, Neue Gedanken zur gegenwärtigen Lage. Mit schematischer Darstellung der Judenemanzipation, 4. Teil, Verlag der Vereinsbuchhandlung G. Jhloff u. Co. in Neumünster i. Holstein.

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6